

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 30. November 2005

Sendesperrfrist (Redebeginn) 11.00 Uhr!

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir aus aktuellem Anlass zunächst einige Bemerkungen:  
Seit Freitag vergangener Woche werden im Irak eine deutsche Staatsangehörige und ihr irakischer Fahrer vermisst. Nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse müssen wir davon ausgehen, dass die beiden entführt worden sind.

Die Bundesregierung, und ich bin sicher, auch das gesamte Hohe Haus verurteilen diese Tat mit aller Entschiedenheit.

Und eines ist klar: Diese Bundesregierung, dieses Parlament - wir lassen uns nicht erpressen. Genauso klar ist: Alle Anstrengungen der Bundesregierung sind in dieser Situation darauf gerichtet, das Leben von Susanne Osthoff und ihrem irakischen Begleiter zu schützen und ihre Freilassung zu erreichen.

Unsere Gedanken sind in diesen Stunden und Tagen bei den Angehörigen und Freunden der Betroffenen. Wir fühlen mit ihnen. Sie sollen wissen: Alle Deutschen nehmen Anteil am Schicksal der Entführten, und alle Deutschen empfinden eine tiefe Solidarität und Verbundenheit.

Ihnen allen möchte ich versichern: Die Bundesregierung unternimmt alles, was in ihrer Macht steht, um die deutsche Staatsangehörige und ihren Fahrer so schnell wie möglich in Sicherheit zu bringen.

Noch wissen wir nichts über die Motive oder die Hintergründe. Daher verbieten sich voreilige Schlussfolgerungen.

Aber es ist ganz grundsätzlich festzuhalten: der internationale Terrorismus ist unverändert eine der größten Herausforderungen für die Staatengemeinschaft.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus dürfen wir nicht nachlassen. Er richtet sich gegen das, was uns wichtig ist und den Kern unserer Zivilisation ausmacht. Er richtet sich gegen unser gesamtes Wertesystem. Gegen Freiheit, Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Würden wir diese Werte aufgeben, würden wir uns selbst aufgeben.

Und noch etwas spüren wir in diesen Stunden. Etwas, das unser Land auszeichnet. Vor dem Leid anderer verschließen wir weder unsere Augen noch unsere Herzen. Wir wissen, was Solidarität vermag. Wir haben erfahren, welche Kraft aus der Gemeinschaft und der Nächstenliebe erwachsen kann. Wir sind uns bewusst, dass ein Volk mehr ist als eine lose Ansammlung von Individuen. Dass ein Volk auch immer eine Schicksalsgemeinschaft ist.

Wenn wir diese Erkenntnis beherzigen, können wir daraus Kraft und Zuversicht schöpfen, mit denen wir auch die größten Herausforderungen meistern werden.

Dieses Signal aus diesem Hohen Haus ist mir auch an dem Tag wichtig, an dem wir uns zusammengefunden haben, um gemeinsam die erste Regierungserklärung der neuen Bundesregierung heute und an den kommenden Tagen zu debattieren.

Ich darf Sie zu Beginn fragen: Für wen mag das heute wohl die größte Überraschung sein? Wer hätte gedacht, dass heute eine große Koalition antritt, um unser Land gemeinsam in die Zukunft zu führen? Wer hätte gedacht, dass SPD und Union so viel Verbindendes entdecken, dass sie ein dichtes Programm für vier Jahre vorlegen können? Wer hätte gedacht, dass mein Koalitionspartner von einem Parteivorsitzenden aus Brandenburg angeführt wird? Wer hätte gedacht, dass das höchste Regierungsamt schon in diesem Jahr einer Frau übertragen wird - meine Damen und meine Herren?

Das alles ist für uns eine Überraschung, manches davon natürlich auch für mich. Aber - es ist nicht die größte Überraschung meines Lebens. Die größte Überraschung meines Lebens ist die Freiheit. Mit vielem habe ich früher gerechnet, aber nicht mit dem Geschenk der Freiheit vor meinem Rentenalter. Alle Wege endeten an einer Mauer, die nur wenige Meter von diesem Platz entfernt unser Land für alle Zeit zu zerschneiden schien.

Wenn Sie schon einmal im Leben so positiv überrascht wurden, dann halten Sie vieles für möglich. Dabei möchte ich bleiben.

Ich habe die neue Koalition eine Koalition der neuen Möglichkeiten genannt. Ich wünsche mir, dass sie unserem Land, dass sie allen Deutschen neue Möglichkeiten schafft. Und ich wünsche mir, dass wir diese Chance dann auch wahrnehmen.

Das heißt für mich konkret: Der Anspruch der neuen Bundesregierung an sich und an das Land ist nicht gering. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass Deutschland in zehn Jahren wieder unter den ersten Drei in Europa steht.

Das Grundgesetz, die Soziale Marktwirtschaft, die duale Berufsausbildung - all das waren Ideen, die auf der ganzen Welt inspirierten. In Deutschland wurde das erste Auto gebaut, der Computer erfunden und das Aspirin entwickelt. Von diesen Innovationen zehren wir noch heute.

Warum soll uns das, was uns damals zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland in den ersten Gründerjahren unseres Landes gelang, nicht auch heute, in unserer Zeit, in den zweiten Gründerjahren, gelingen?

Lassen Sie uns also alle damit überraschen, was wir können!

Eine große Koalition zweier unterschiedlicher Volksparteien eröffnet die ganz unerwartete Möglichkeit zu fragen, was wir gemeinsam besser machen können, ohne dass wir uns mit Schuldigkeiten aufhalten müssen, ohne dass wir mit dem Finger auf den anderen zeigen und fragen, wer welchen Missstand natürlich ganz allein herbeigeführt hat.

Denn eines ist klar: Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass wir heute unsere Möglichkeiten nicht ausschöpfen.

Unser Wachstum kommt seit Jahren nicht mehr richtig in Schwung. Die Verschuldung ist in erschreckende Höhen gestiegen. Der Aufholprozess der neuen Bundesländer ist seit Jahren gestoppt. Ohne den Automobilsektor wäre Deutschland heute kein so starkes High-Tech-Land mehr. PISA zeigt, wie weit wir vom Anspruch entfernt sind, Bildungsnation zu sein. Den rapiden Wandel der Arbeitswelt haben wir noch nicht bewältigt. Deutschland ist noch nicht hinreichend auf die älter werdende Gesellschaft vorbereitet. Auf die Bedrohungen neuer Art und die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit haben wir noch nicht umfassend ausreichende Antworten gefunden.

Meine Damen und Herren, wir alle kennen die Probleme. Die große Koalition hat die Lage unseres Landes gemeinsam ehrlich analysiert und daraus notwendige Konsequenzen gezogen. Aber wir haben auch die Chance erkannt, die Möglichkeiten unseres Landes gemeinsam besser zu nutzen.

Warum sollten wir uns nicht alle damit überraschen, was in diesem Land gelingen kann!

Wir haben dicke Bretter zu bohren: Wir wollen den Föderalismus neu ordnen, wir wollen den Arbeitsmarkt fit machen, wir wollen unsere Schulen und Hochschulen wieder an die Spitze führen, wir wollen unsere Verschuldung bändigen und unser Gesundheits- und Rentensystem und die Pflege in Ordnung bringen.

Niemand kann uns daran hindern - außer uns selbst.

Lassen Sie uns verzichten auf die eingeübten Rituale, auf die reflexhaften Aufschreie, wenn wir etwas verändern wollen. Es sollte wirklich möglich sein, dass wir das hinter uns lassen.

Bei der Vorbereitung auf diese Regierungserklärung habe ich viel darüber nachgedacht, wie ich alle Gruppen erwähnen und würdigen kann, die für das Miteinander in unserem Land wichtig und unverzichtbar sind, von den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Ich habe mich am Ende dafür entschieden, auf eine solche Auflistung aller Gruppen und Institutionen zu verzichten. Denn es geht nicht um Gruppen, es geht um uns alle, es geht um unser Gemeinwesen und unsere gemeinsame Zukunft.

Überraschen wir uns damit, dass wir die großen Fragen nicht immer aufgliedert nach Einzelgruppen und Interessen angehen, sondern im Zusammenhang! Überraschen wir uns damit, dass wir sie sachlich, fair, ehrlich angehen und danach gemeinsam lösen.

Bei allen Aufgaben, die wir vor uns haben, sollten wir nicht vergessen: Frühere Generationen hatten so ungleich größere Probleme. Denken wir an den Aufbau nach dem Krieg in West und Ost, denken wir an die historische Leistung der Ostdeutschen, friedlich eine Diktatur zu überwinden.

Dagegen ist unsere Lage heute beneidenswert. Sicher, Licht und Schatten liegen nah beieinander. Schauen wir nur auf den Aufbau Ost. Aber nach 15 Jahren Deutscher Einheit ist zunächst festzustellen, dass Gigantisches geleistet worden ist. Mit Transferzahlungen von jährlich 4 Prozent des Sozial-

produkts ist es gelungen, die neuen Bundesländer wieder aufzubauen. Die Umwelt erholt sich. Die Infrastruktur ist ausgebaut. In der kommenden Woche wird das letzte Teilstück der Ostsee-Autobahn dem Verkehr übergeben. Und auch sonst bietet unser Land gute Voraussetzungen, die wir nur endlich nutzen müssen. Deutschland ist Exportweltmeister. Kein Land in Europa meldet mehr Patente an. Gerade wurde wieder ein deutscher Wissenschaftler mit einem Nobelpreis geehrt. Unsere kulturelle Vielfalt ist einzigartig. Deutschland ist das Land der Ideen, wie der Bundespräsident sagt. Zu einem Land der Ideen gehört eine Regierung der Taten, und diese Regierung hat sich viele Taten vorgenommen.

Ein Vizekanzler einer früheren großen Koalition und späterer Bundeskanzler hat einmal gesagt: "Mehr Demokratie wagen". Ich weiß, dass dieser Satz viele, zum Teil sehr heftige Diskussionen ausgelöst hat. Ganz offensichtlich aber hat er den Ton der damaligen Zeit getroffen. Und ich sage persönlich, in den Ohren gerade jenseits der Mauer klang er wie Musik.

Gestatten Sie mir heute diesen Satz zu ergänzen und uns zuzurufen: "Lasst uns mehr Freiheit wagen". Lassen Sie uns die Wachstumsbremsen lösen! Lassen Sie uns selbst befreien von Bürokratie und altbackenen Verordnungen. Viele unserer europäischen Nachbarn zeigen uns, was möglich ist. Sie zeigen uns, dass auch wohlhabende Länder hohe Wachstumsraten erreichen und die Arbeitslosigkeit zurückdrängen können. Deutschland kann das auch, davon bin ich überzeugt! Beweisen wir, was möglich ist!

Schon die vergangene Regierung hat Schritte eingeleitet, die Möglichkeiten, die unser Land hat, nutzen zu wollen. Jenseits aller parteipolitischen Differenzen, die die vergangenen Jahre zwischen Union und SPD gekennzeichnet haben, möchte ich deshalb an dieser Stelle ausdrücklich eines tun: Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persönlich danken dafür, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, unsere Sozialsysteme an die neue Zeit anzupassen. Er hat sich entschlossen zu Reformen bekannt, und er hat sie gegen Widerstände durchgesetzt. Damit hat er sich um unser Land verdient gemacht. Nicht zuletzt dafür möchte ich ihm im Namen aller Deutschen danken.

Ich habe gesagt, dass ich nicht jede Gruppe einzeln benennen möchte, nur damit am Ende niemand sagen kann, es wäre jemand vergessen worden. Aber eine Gruppe ist so wichtig, dass sie erwähnt werden muss. Sie wird bei allen künftigen Fragen eine wichtige Rolle spielen. Ich meine die Schwachen. Ich meine die Schwachen, die, die die Solidarität und die Hilfe von uns allen brauchen. Ich meine Kranke, Kinder, Alte. Die Menschlichkeit unserer Gesellschaft entscheidet sich daran, wie wir mit ihnen umgehen.

Wir - die neue Bundesregierung von Union und Sozialdemokraten - wir wollen unser Land so ertüchtigen, dass die Schwachen sich auch in Zukunft darauf verlassen können, dass sie nicht alleine gelassen werden, dass ihnen geholfen wird. Das ist unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Das beginnt bei der Absicherung der großen Lebensrisiken. Wir wollen die solidarische Altersversorgung erhalten. Aber wir wissen auch, der dritte Lebensabschnitt der Menschen wird immer länger. Deshalb haben wir uns

entschlossen, die gesetzliche Regelaltersgrenze der Rentenversicherung schrittweise auf 67 anzuheben. Das geschieht nicht sofort. Das geschieht erst ab 2012, und dann in kleinen Schritten bis 2035. Das ist eine lange Übergangszeit. Und diese Übergangszeit wird gebraucht. Außerdem gilt: Wer 45 Pflichtbeitragsjahre erarbeitet hat, kann weiterhin abschlagsfrei mit 65 Jahren in Rente gehen.

Ich will, dass sich die Menschen rechtzeitig darauf einstellen können. Verlässlichkeit soll ein Markenzeichen dieser Bundesregierung werden. Wir werden das deshalb schon 2007 beschließen müssen. Dieses Vorhaben geht Hand in Hand mit besonderen Anstrengungen für mehr Beschäftigungschancen von älteren Arbeitnehmern im Rahmen der "Initiative 50 Plus". Denn es ist doch niemanden klar zu machen, wenn wir auf der einen Seite das Rentenalter anheben und auf der anderen Seite Menschen über 50 keine Chance mehr haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Dies muss in ein Gleichgewicht gebracht werden.

Wir schützen die Rentnerinnen und Rentner auch in Zukunft mit einer Sicherungsklausel vor Rentenkürzungen. Weil es aber dabei bleibt, dass sich die Renten auch in Zukunft im Grundsatz an der Lohnentwicklung orientieren, müssen ausgebliebene Anpassungen nachgeholt werden.

Ich weiß sehr wohl, was das gerade für die Menschen mit kleinen Renten bedeutet. Ich weiß sehr wohl, dass wir den Älteren sehr viel zumuten. Gäbe es einen anderen Weg, die Lasten gerecht auf Beitragszahler, Rentner und junge Generationen zu verteilen, dann würden wir einen anderen Weg gehen. Aber wir sehen keinen anderen Weg. Und nicht zu handeln, wäre nur eines: verantwortungslos.

Zu oft ist in der Vergangenheit - und da meine ich die jüngere wie auch die erheblich länger zurückliegende Vergangenheit - der Fehler gemacht worden, gerade im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, vermeintliche Sicherheit vorzugaukeln. Die Bundesregierung wird diesen Fehler nicht wiederholen.

Wir werden die kapitalgedeckte Altersvorsorge für junge Familien mit einer höheren Kinderzulage von 300 Euro jährlich deutlich verbessern. Und wir werden das selbstgenutzte Wohneigentum besser in die geförderte Altersvorsorge integrieren. Damit beseitigen wir die Benachteiligung gegenüber anderen Formen der Altersvorsorge. Auch das ist ein großer Fortschritt. Gerade im Bereich der Altersvorsorge stellt die Bundesregierung unter Beweis: Wir sind zu einer tiefgreifenden Reform entschlossen. Wir bewerten die demografische Entwicklung realistisch und ziehen daraus die notwendigen Konsequenzen.

Keine Frage, das gehört zur Wahrheit dieser Regierungserklärung, ein großer Wurf wie bei der Rente ist dieser Koalition in der Gesundheitspolitik noch nicht gelungen. Ich betone "noch nicht". Denn auch die Kranken sollen sich auf ein zuverlässiges Gesundheitssystem verlassen können.

Wir alle wissen, Union und Sozialdemokraten haben bisher mit der solidarischen Gesundheitsprämie auf der einen Seite und der Bürgerversicherung auf der anderen Seite zwei völlig konträre Ansätze verfolgt. Ich sage sehr

deutlich: ein fauler Kompromiss zwischen beiden Ansätzen kam für mich in den Koalitionsverhandlungen nicht in Frage. Es muss Schluss sein mit beständigen Notreparaturen. Wir brauchen einen neuen Ansatz. Das Gesundheitswesen muss natürlich leistungsfähig, hochqualifiziert und für alle zugänglich sein. Es muss genauso mehr Beschäftigung ermöglichen, den Wettbewerb fördern, die Lasten solidarisch verteilen und Generationengerechtigkeit bieten. Dies zu schaffen, das haben wir uns für das nächste Jahr vorgenommen.

Sehr schnell allerdings werden wir auf der Leistungsseite Veränderungen vornehmen. Wir wollen mehr Vertragsfreiheit und Gestaltungsmöglichkeit von den Patienten über die Kassen bis hin zu den Praxen und Krankenhäusern.

Bei der Arzneimittelversorgung kommen wir um weitere Maßnahmen zur Kostensenkung nicht herum. Insbesondere die forschende Pharmaindustrie muss bessere Standortbedingungen für Innovationen erhalten. Der Gesundheitssektor ist einer der größten Wachstumsmärkte überhaupt, mehr als 4 Millionen Menschen sind dort beschäftigt. Er bietet ein großes Zukunftspotential. Stellen wir unter Beweis, dass wir es zu nutzen wissen.

Wie die Krankenversicherung bleibt im übrigen auch die Pflegeversicherung ein zentraler Baustein der solidarischen Absicherung. Wir wollen, dass Sinn und Zweck der Idee der Pflegeversicherung weiter gelebt werden können. Diese Regierung wird deshalb das Umlageverfahren durch eine kapitalgedeckte Demografierücklage ergänzen. Die private Pflegeversicherung soll zukünftig einen Beitrag zur Bewältigung der Solidarlast leisten.

Wir tun das, weil wir - ich wiederhole es - wollen, dass sich Alte, Kranke und Kinder auch in Zukunft darauf verlassen können, dass ihnen geholfen wird und sie nicht alleine sind. Das ist eine moralische Aufgabe.

Und dabei wissen wir: Das Zusammenleben der Generationen hat sich in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert. Es gibt die traditionellen Familien, es gibt sogenannte Patchwork-Familien, es gibt alleinerziehende Eltern. Ich sage es kurz und knapp: Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Ich will nicht, dass der Staat lenkend eingreift oder gar Lebensentwürfe vorschreibt. Aber ich will, dass wir möglichst günstige Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern, für das Miteinander der Generationen, schaffen. Junge Menschen sollen ermutigt werden, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden - entscheiden zu können.

Das hat zum Einen etwas damit zu tun, ob es in diesem Land ein Klima der Zuversicht, des Mutes und der Perspektiven für das eigene Leben gibt oder nicht. Und das hat zum Anderen natürlich etwas mit sehr praktischen Fragen zu tun: mit ausreichenden und bezahlbaren Betreuungsmöglichkeiten etwa. Sicher: Nach außen, in vielen Diskussionen und Reden, ist der Streit über die Entscheidung zwischen Kindererziehung und beruflichen Fortkommen vergangener Jahrzehnte überwunden. Dennoch wissen wir, dass die Realität trotzdem auch heute oft noch anders ist, dass die Widersprüche zwischen Arbeitswelt und Familienwelt nicht einfach verschwunden sind und es auch

heute nicht selten noch immer eine Frage ist, ob sich eine Frau am Ende für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheiden kann oder zwischen Familie und Beruf entscheiden muss.

Die Politik will dabei helfen, diese Widersprüche nicht nur in Worten und Sonntagsreden zu überwinden, sondern zunehmend auch im täglichen Leben. Das werden wir tun, indem wir den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen vorantreiben. 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze sollen vor allem für Kleinkinder bis zu 2010 entstehen. Die zugesagten Mittel müssen den Kommunen auch real zur Verfügung stehen.

Wir werden die Kinderbetreuung auch steuerlich besser fördern. Die Vielzahl der Familienleistungen werden wir durch Einrichtung von Familienkassen vereinfachen, harmonisieren und organisatorisch bündeln.

Insbesondere an einem Problem können wir nicht vorbeisehen: Je höher die Ausbildung der jungen Frauen und Männer ist, desto seltener bekommen diese Kinder. Kaum etwas wird mir häufiger erzählt als dieses: Da ist eine Frau, sie hat ein Studium absolviert, eine hervorragende Ausbildung wahrnehmen können, sie möchte in ihrem Beruf Karriere machen, sie steht vor der Frage, wie sie diesen Berufswunsch mit ihrem Wunsch, auch eine Familie zu gründen, in Einklang bringen kann. Ich sage unumwunden: Ich würde lügen, wenn ich behaupten würde, diesen Konflikt einfach locker überwinden zu können. Das kann ich nicht. Ich kann nur einen kleinen Beitrag leisten, diesen Konflikt ein wenig zu mildern. Genau das aber werden wir entschlossen angehen. Deswegen hat diese Regierung beschlossen, ein Elterngeld einzuführen.

Es wird erstmals als Einkommensersatz ausgestaltet und mit einer Väter-Komponente ausgestattet. Das ist ein neuartiger Ansatz, und ich ahne jetzt schon, welche Diskussionen er hervorrufen wird. Doch die Betriebe sollen sich stärker als bisher in der Pflicht sehen, auch die Väter zeitweise frei zu stellen, und zwar wo immer möglich ohne berufliche Nachteile. Dieser sanfte Druck ist unumgänglich.

Ich nenne ein weiteres Stichwort: Mehrgenerationenhäuser. Ich halte das für eines der spannendsten Projekte der Familien- und Gesellschaftspolitik dieser Regierung. Denn die Anforderung an Mobilität auf der einen Seite und der Wunsch nach Fürsorge innerhalb der Familie auf der anderen Seite - das geht nicht immer auf, wie wir wissen. Wer beweglich sein muss, kann häufig nicht am gleichen Ort wie pflegebedürftige Eltern wohnen - oder wie die Großeltern, die sich gerne um ihre Enkel kümmern würden. Mit Mehrgenerationenhäusern wollen wir einen Weg finden, Menschen aus der Vereinsamung herausführen. Wir wollen eine Plattform für bürgerschaftliches Engagement bilden. Wir tun das, weil wir wollen, dass unsere Gesellschaft ein menschlicheres Gesicht bekommt - im Miteinander der Starken und Schwachen, der Alten und Jungen.

Und so wird sich herausstellen, dass viele vermeintlich Schwache in Wahrheit stark sind - und dass sie einen unverzichtbaren Beitrag für sich selbst und für unser Gemeinwesen leisten können. Dies zu erkennen und zu nutzen, macht den Wert von Gerechtigkeit aus.

Ich bin davon überzeugt: Wir müssen uns in jeder Generation aufs Neue darauf besinnen, was gerecht und was ungerecht ist. Gerecht ist, wenn den Schwachen geholfen wird. Ungerecht ist, wenn sich Starke als Schwache verkleiden, um die Gemeinschaft auszunutzen. Ungerecht ist auch, wenn wir Menschen entmündigen und ihnen die Möglichkeit nehmen, ihre eigenen Kräfte zu entdecken. Wir brauchen eine neue Gerechtigkeit. Jeder von uns kennt in seinem Bekanntenkreis Menschen, denen es schlecht geht und die unsere Hilfe dringend benötigen. Aber wir alle kennen auch Menschen, die diese Hilfsbereitschaft einfach ausnützen.

Werden wir auch hier wieder konkret: Diese Regierung bekennt sich ausdrücklich zur Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. SPD wie Union haben diesen grundsätzlichen Schritt von Anfang an für richtig gehalten - was unterschiedliche Auffassungen bei der Ausgestaltung, z.B. bei der Rolle der Kommunen, nicht ausgeschlossen hat. Wir haben diesen grundsätzlichen Schritt auch gemeinsam getragen.

Wir werden allerdings in Zukunft für mehr Gerechtigkeit und weniger Missbrauch sorgen, ich sage, sorgen müssen. Deshalb werden wir die Reform der Bundesagentur für Arbeit fortsetzen. Bei der Vermittlungsarbeit sind in den letzten Jahren bereits erhebliche Fortschritte gemacht worden. Wo immer möglich, finanzieren wir Arbeit statt Nichtarbeit. Denn Arbeit ist mehr als Einkommen. Arbeit bedeutet Würde und Selbstachtung für die Menschen.

Nicht immer aber wird nur das in Anspruch genommen, was nach Sinn und Zweck des Gesetzes den Empfängern zusteht. Deshalb werden wir die Regeln so ändern, dass Kinder unter 25 Jahren zunächst einmal von ihren Eltern unterhalten werden, bevor die Gemeinschaft eintritt. Solidarität in der Gesellschaft kann keine Einbahnstraße sein. Das sind wir den Bürgern unseres Landes schuldig, denn sie finanzieren das Ganze ja mit ihren Steuern. Ich sage umgekehrt aber auch, mehr Gerechtigkeit in diesem Bereich bedeutet auch, dass der Maßstab, das Arbeitslosengeld II in zwei Zonen in Ost und West zu trennen, sich als nicht begründet herausgestellt hat. Deshalb wird die sogenannte Regelleistung beim Arbeitslosengeld II Ost an die des Westens angeglichen.

Alles in allem haben wir uns vorgenommen, knapp 4 Milliarden Euro in der Arbeitsmarktpolitik einzusparen. Damit wird dieser Bereich einen ganz wesentlichen Beitrag zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung leisten. Bei der Revision der Kosten zur Grundsicherung führen wir derzeit Gespräche mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden. Wir streben eine Klärung noch in diesem Jahr an. An dem Ziel, die Kommunen um 2,5 Milliarden Euro zu entlasten, halten wir fest. Auf dieser gemeinsamen Basis werden wir für 2006 und 2007 die Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung festlegen.

All dieses - und das ist mir sehr wichtig - wollen wir auf eine Art und Weise tun, dass die Chancen der Arbeitslosen darunter nicht leiden. Mehr noch. Wir wollen den Grundsatz "fördern und fordern" konsequent umsetzen, konsequenter als bisher. Alle sollen gestärkt aus diesem Reformprozess her-



vorgehen. Denn Eigenverantwortung und Solidarität, das sind zwei Seiten der gleichen Medaille gerade in diesem für die Betroffenen so sensiblen Bereich.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Herz für die Schwachen! Und wir haben ein Herz für Leistung, ein Herz für mehr Leistung. Wir wollen stärker anerkennen, wenn Menschen sich engagieren, etwas leisten und etwas aufbauen. Sie verdienen nicht unseren Neid, sondern unsere Dankbarkeit. Mehr Freiheit möglich machen, das heißt: Wir können den Schwachen etwas abgeben, wenn wir mehr Stärke haben, die alle anderen mitziehen.

Die neue Regierung wird sich deshalb im besonderen Maße für den Mittelstand einsetzen. Denn dort finden sich die meisten Quellen der Innovation. Dort arbeitet der Jobmotor am wirkungsvollsten. Dort sind aber auch die Schwäche der Binnenkonjunktur und der verschärfte internationale Wettbewerb viel stärker zu spüren als bei den exportorientierten Großkonzernen. Deshalb wollen wir die Wachstumskräfte der kleinen und mittleren Unternehmen gezielt stärken. Der Steuerstandort Deutschland muss insgesamt wettbewerbsfähiger werden. Deshalb werden wir das Unternehmenssteuerrecht zum 1. Januar 2008 grundlegend reformieren. Ziel ist ein weitgehend rechtsreformneutraler Tarif. Dies ist ein gewaltiger Schritt nach vorn. Geplant ist eine Unternehmenssteuerreform seit über einem Jahrzehnt. Umgesetzt wurde sie bisher nie. Diese Regierung will das schaffen.

Für die Übergangszeit werden wir die Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter befristet bis Ende 2007 verbessern. Damit setzen wir bereits zu Beginn des kommenden Jahres Anreize für mehr Investitionen. Und ebenso helfen wir dem Mittelstand durch eine Ausdehnung der Ist-Besteuerung. Hinzu kommt die reduzierte Erbschaftsteuer für Familienbetriebe.

Doch damit darf es nicht genug sein. Wir brauchen ein neues Vertrauen des Staates in das Handeln seiner Bürger. Um nichts anderes geht es beim immer wieder beschworenen Bürokratieabbau. Er ist eine Herkulesaufgabe. Wir wollen ihn mit neuer Kraft angehen: Wir schaffen den kleinen Unternehmen mit einem Small Companies Act mehr Freiraum. Und EU-Richtlinien werden grundsätzlich nur noch Eins zu Eins umgesetzt. Es gibt keinen Grund, warum wir unseren Betrieben mehr Lasten aufbürden als andere und dann von ihnen verlangen, dass sie schneller laufen sollen. Das kann niemand, und deshalb werden wir dieses Ungleichgewicht beenden.

Wir machen noch mehr. Wir werden ganz neue Wege gehen. Kleine Betriebe müssen zwischen 4 und 6 Prozent ihres Umsatzes für Bürokratiekosten ausgeben. Bislang wurden die konkreten Kosten von Bürokratie in Deutschland nicht wirklich erfasst. Das werden wir ändern und uns messbare, nachprüf-bare Reduktionsziele setzen. Die Erfahrungen mit dem niederländischen und Standardkostenmodell sind dabei für uns wichtig und entscheidend.

Ich werde beim Bundeskanzleramt einen Normenkontrollrat einrichten. Er achtet darauf, dass die Bürokratiekosten neuer Gesetze in vertretbarem Rahmen bleiben. Ich will insgesamt eine Politik, die Eines versteht: die Vorschrift ist für die Menschen da und nicht der Mensch für die Vorschrift. So

können wir mehr Stärke in die Lage versetzen, unser Land nach vorn zu bringen und Schwachen zu helfen.

Dass das gelingen kann, davon bin ich überzeugt. Dafür gibt es im übrigen viele tüchtige Vorbilder. Vor einigen Wochen habe ich etwas sehr Selbstverständliches gesagt. Ich habe gesagt: Ich will Deutschland dienen. Ich kenne viele Menschen, die dienen - dem Land, anderen Menschen, der Gemeinschaft, selbstlos und ohne dass davon große Notiz genommen wird. Diese Menschen sind das Vorbild für unsere Regierung.

Die Anerkennung des Nächsten in der Gemeinde, im Wohngebiet, in der Schule oder im Betrieb - das alles hat etwas mit dem zu tun, was manche eine lebendige Bürgergesellschaft nennen. Das ehrenamtliche Engagement ist ein unersetzbarer Bestandteil dieser Bürgergesellschaft. Wo immer es geht, wollen wir es stärken. Was viele Menschen in ungezählten Kultur-, Musik- und Gesangsvereinen in ihrer Freizeit tun, das hält unsere Gesellschaft zusammen.

Unsere Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenhaltens. Deshalb ist Kulturförderung für diese Bundesregierung keine Subvention. Dieser Begriff verbietet sich an dieser Stelle. Sie ist eine Investition, und zwar eine Investition in ein lebenswertes Deutschland.

Natürlich, unsere Verfassung regelt die Förderung von Kunst und Kultur eindeutig. Sie ist primär den Ländern zugeordnet. Aber ich sage ebenso deutlich, dass der Bund auch in Zukunft weiterhin eine Reihe wichtiger Kulturaufgaben wahrnehmen wird. Deutschland und nicht nur die Summe der 16 Bundesländer ist schließlich eine europäische Kulturnation.

Diese Bundesregierung wird wie die Regierungen zuvor auch weiterhin einen Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes der Vertriebenen leisten. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern. Dies wollen wir auch im europäischen Kontext tun. Aus meiner Sicht bietet die gemeinsame Erklärung der Präsidenten Rau und Kwasniewski eine gute Grundlage dafür, hier einen gemeinsamen und nicht trennenden Weg zu finden.

Meine Regierung ist Anwalt aller Deutschen wie aller in Deutschland lebenden Mitbürger. Sie wird sich deshalb mit allem Nachdruck, wo immer es erforderlich ist, gegen jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzen. Die Initiativen der Bürgergesellschaft, die sich hier engagieren, haben unsere volle Unterstützung. Deutschland ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Deutschland ist zugleich ein Land, das seine Traditionen und Kultur pflegt. Das Eine kann es ohne das Andere nicht geben. Denn Heimat gibt gerade in Zeiten des schnellen Wandels Halt. Ihn braucht jeder Einzelne und unser Land als Ganzes ebenso.

Wir haben deshalb nicht ohne Grund unserem Koalitionsvertrag den Titel "Gemeinsam für Deutschland" gegeben. Parallelgesellschaften, in denen die grundlegenden Werte des Zusammenlebens in unserem Land nicht geachtet werden, passen nicht in dieses Denken. Integration ist eine Schlüsselaufgabe dieser Zeit. Mit der Ansiedlung der Beauftragten für Migration,

Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt habe ich auch ganz persönlich die Bedeutung dieser Aufgabe bewusst hervorgehoben.

Ich bin überzeugt davon: Integration kann insbesondere nur dann gelingen, wenn ausländische Kinder konsequent dazu gebracht werden, Deutsch zu lernen. Wir werden deshalb gerade in den Schulen mehr fördern, aber auch viel mehr fordern müssen.

Dem Dialog mit dem Islam kommt eine große Bedeutung zu. Wir müssen einander verstehen lernen. Wir werden einen offenen und ehrlichen Dialog führen. Dabei werden wir Differenzen nicht verwischen, sondern sie eindeutig benennen.

Deshalb sage ich - auch als Frau - an dieser Stelle ausdrücklich: Zwangsverheiratungen oder Ehrenmorde - beides im Übrigen schreckliche Worte - haben nichts, aber auch gar nichts mit Ehre zu tun, und sie haben nichts, aber auch gar nichts in unserer Gesellschaft zu suchen. Wir können sie nicht dulden. Sie sind mit unserem Verständnis vom Menschen nicht zu vereinbaren. Wir werden dagegen mit allen geeigneten Maßnahmen vorgehen.

Meine Damen und Herren, jeder von uns kann selbst etwas für diese Gemeinschaft tun. Vieles kann viel besser von jedem Einzelnen erreicht werden als vom Staat. Aber der Einzelne hat ein Anrecht darauf, dass der Staat ihn auch in die Lage versetzt, seine eigenen Kräfte zu entfalten. Gehindert wird er daran in einem nicht unerheblichen Maße durch das größte Problem, mit dem unser Land zu kämpfen hat: die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere die höchste Zahl an Langzeitarbeitslosen, die die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat.

Und so ist das drängendste Sozialprogramm, das sich diese Bundesregierung vornimmt, ein florierender Arbeitsmarkt.

Davon aber sind wir seit Jahrzehnten und vielen Regierungen entfernt! Und seit langem klagen wir auch über ein schwaches Wachstum. Das hängt miteinander zusammen. Arbeit braucht Wachstum und Wachstum braucht Freiheit!

Wahr ist: Die Politik selbst kann keine Arbeitsplätze schaffen. Wahr ist aber auch: Sie kann wesentlich verbesserte Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen diese Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen mehr Menschen die Chance auf Arbeit geben. Denn Arbeit bedeutet Teilhabe am sozialen Leben und die Sicherung des Lebensunterhaltes aus eigener Kraft. Das gehört zur Würde des Menschen. Wo liegen unsere Schwerpunkte?

Erstens: Seit über drei Jahrzehnten steigen die gesetzlichen Lohnzusatzkosten an bzw. verharren auf einem internationalen Rekordniveau. Wir wollen das ändern. Deshalb senken wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte sowohl durch Strukturmaßnahmen innerhalb der Bundesagentur für Arbeit als auch durch die Umfinanzierung eines Prozents der Beiträge durch 1 Prozent Mehrwertsteuererhöhung. Wir wollen die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter der Belastungsgrenze von 40 Prozent halten.

Zweitens: Deutschland muss den Wandel zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft schaffen. Wir werden deshalb die privaten Haushalte im

Grundsatz als Arbeitgeber anerkennen, bei Arbeiten von Handwerkern, bei der Betreuung und bei haushaltsnahen Dienstleistungen. Eine lange ideologische Auseinandersetzung findet damit in dieser großen Koalition ihr Ende. Drittens: Gerade gering Qualifizierte haben nur geringe Chancen, zu regulären Löhnen Beschäftigung zu finden. Wir dürfen nie vergessen, dabei geht es nicht um irgendeine Statistik in der Bundesagentur für Arbeit. Es geht um Menschen, um fast 2 Millionen, und um ihre Familien, darunter viele Jüngere und Langzeitarbeitslose.

Wir wollen deshalb den Arbeitsmarkt für einfache Tätigkeiten nach vielen Jahren wieder in Gang bringen. Es muss sich mehr als bisher lohnen, auch einfache Arbeit anzubieten und sie anzunehmen.

Hier kann es nur eine Lösung geben: Aus der Kombination von niedrigerem Arbeitslohn und staatlicher Lohnergänzung beides möglich zu machen, bezahlbare Arbeitsplätze und existenzsicherndes Einkommen. Wir wollen deshalb prüfen, wie wir die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik im Niedriglohnsektor zu einem Kombilohnmodell zusammenführen. Das berührt auch, wie wir in unserem Koalitionsvertrag festgelegt haben, die Themen Entsendegesetz und Mindestlohn und die Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Viertens: Die Bundesregierung wird eine moderate Reform des Arbeitsrechts angehen. Unser Ziel ist es nicht, Arbeitnehmer schutzloser werden zu lassen. Unser Ziel ist es, Hürden dort abzubauen, wo sie jenen schaden, die einen Arbeitsplatz suchen.

Es soll deshalb möglich werden, dass der Arbeitgeber bei der Neueinstellung mit dem Arbeitnehmer eine Wartezeit von bis zu 24 Monaten vereinbart. Danach erst beginnt der besondere Kündigungsschutz des Kündigungsschutzgesetzes. Das ist einfach, flexibel und unbürokratisch. Das ermuntert vor allem die kleinen Betriebe, die sich keine umfangreichen Personalabteilungen leisten können, bei besser werdender Auftragslage rasch Arbeitssuchende einzustellen.

Fünftens: Wir brauchen, und zwar dringender denn je, gut ausgebildete und hoch motivierte junge Menschen. Was sie heute lernen und erproben, das entscheidet in 20, 30 Jahren über Deutschlands Leistungskraft und Wohlstand. Deshalb werden wir den "nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs" fortführen und einen Schwerpunkt für die Förderung, Qualifizierung und Vermittlung junger Menschen legen.

Ich will ausdrücklich das Engagement würdigen, dass die Wirtschaft, insbesondere das Handwerk und die Kammern, erbringt. Wir gehen davon aus, dass sie auch weiterhin jährlich 30.000 neue Arbeitsplätze einwirbt und 25.000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung stellt. Wer als jugendlicher Arbeitsloser Hilfe braucht, dem wird ein persönlicher Arbeitsvermittler zur Seite gestellt, der höchstens 75 Jugendliche zu betreuen hat. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Am Ende soll ein Ziel erreicht werden: Kein Jugendlicher soll länger als drei Monate arbeitslos sein.

Sechstens: Deutschland hat mit die niedrigste Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern in Europa. Die neue Regierung will diesen inakzeptablen Zustand ändern.

Das sind wir diesen Menschen nicht nur aus ökonomischen Gründen schuldig. Das ist nicht nur für die Finanzen der Sozialversicherungen notwendig. Nein, das ändern zu wollen, das ist auch eine Frage der inneren Balance unserer Gesellschaft, in der niemand vorzeitig aus dem Erwerbsleben abgeschoben wird, in der Wissen und Erfahrung Älterer nicht ungenutzt bleiben, in der die Menschen auch mit über 60 auch noch erfahren, dass sie gebraucht werden. Diese Gesellschaft wird deshalb die Beschäftigungschancen der Generation ab 50 Jahren mit einer "Initiative 50 Plus" besonders unterstützen.

Aber ebenso klar ist: Die Politik allein kann nicht alle Dinge richten, die schief gelaufen sind. Deshalb sage ich sehr deutlich: Wirtschaft und Unternehmertum können sich nicht dauerhaft aus der Gesellschaftsordnung lösen, in die sie eingebettet sind. Sie sind auf deren Stabilität angewiesen. Ich sage den Unternehmern: Wenn es etwas gibt, das Sie für diese Gesellschaft tun können, das Sie aus patriotischer Verantwortung für unser Land tun können, dann ist es dies: sich besonders um die Teilhabechancen der Jungen und der Älteren am Arbeitsmarkt zu kümmern. Diese Regierung wird dieses von Ihnen einfordern.

Siebtens: In der Frage der betrieblichen Bündnisse für Arbeit kennt jeder die unterschiedlichen Positionen zwischen Union und Sozialdemokraten. Sie bleiben bestehen. Einig sind wir uns darin, dass betriebliche Bündnisse für Arbeit im Rahmen der Tarifautonomie wichtig für die Beschäftigung sind. Da geschieht schon einiges, das will ich ausdrücklich anerkennen, auch wenn die Union gerne weiter gegangen wäre. Ich sage aber für die gesamte Regierung ebenso deutlich: Erfolg und Stärke der deutschen Wirtschaft beruhen auf der sozialen Partnerschaft im Betrieb, auf dem vertrauensvollen Miteinander von Unternehmensleitungen, Betriebsräten und Belegschaften. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir bekennen uns klar zum Erhalt der Tarifautonomie und zur Mitbestimmung. Mein Appell geht deshalb an die Tarifpartner, an dieser Stelle auch persönlich an die Gewerkschaften: Helfen Sie mit, dass mit mehr Flexibilität mehr Beschäftigung gesichert werden kann. Denn das ist aus meiner Sicht eine Schlüsselfrage für den Arbeitsmarkt in Deutschland.

Meine Damen und Herren, die beste Reform des Arbeitsmarktes hilft wenig, wenn wir uns nicht auf eines besinnen, was uns stark gemacht hat: auf Bildung und Innovation. Sie sind mehr denn je der Rohstoff der Deutschen. Wir müssen besser sein als andere, und zwar so viel besser wie wir teurer sind. Wir können und wir wollen im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne nicht mithalten. Deshalb müssen wir besser sein. Bildung ist ein zentraler Bestandteil von Teilhabegerechtigkeit. Herkunft darf nicht Zukunft bestimmen. Bildung aber geht über materielle Aufstiegschancen hinaus. Sie gibt Orientierung in einer komplizierten Welt.

Eigentlich verfügt Deutschland über eine großartige Tradition in Bildung und Forschung. Gerade deshalb sind die PISA-Ergebnisse nicht zu akzeptieren. Die Ergebnisse der zweiten PISA-Studie zeigen aber auch, dass die Bildungsqualität in unserem Land durch besondere Anstrengungen schnell und deutlich verbessert werden kann. Bildung und Wissenschaft gehören in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft. Wir wollen gute Startchancen für alle, das ist eine Voraussetzung für Wettbewerb und Leistung. Das beginnt bei besserer vorausschauender Betreuung, mehr Sprachunterricht, Unterstützung mit der beruflichen Ausbildung und Studienfinanzierung und setzt sich fort beim Ausbau der Ganztagschulen in den Ländern, den der Bund einmalig mit insgesamt vier Milliarden gefördert hat.

Meine Damen und Herren, ich sage es mit großem Ernst: Noch nie hat es einen Koalitionsvertrag gegeben, der so sehr auf Innovation und Technologiefreundlichkeit in Zukunftsbranchen setzt. Wir tun das, weil wir einen Mentalitätswandel in Deutschland wollen. Wir wollen nicht mehr zuerst fragen, was nicht geht, sondern wir fragen zuerst, was geht.

Und so können wir uns erneut überraschen damit, was wir können und was in diesem Land möglich ist!

So können wir einen Aufbruch für jedermann sichtbar werden lassen - mit Leuchtturmprojekten, wie der Entwicklung von hocheffizienten Kraftwerken, der elektronischen Gesundheitskarte, der Weiterentwicklung der Brennstoffzelle oder dem Aufbau einer Transrapid-Referenzstrecke.

Wir meinen es ernst: Wir wollen bis 2010 so weit sein, dass wir jährlich drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investieren. Wir erhöhen die Ausgaben des Bundes jährlich um eine halbe Milliarde Euro. Insgesamt sechs Milliarden Euro geben wir für die Nano-, Bio- und Informationstechnologien. Die Mittel für unsere Forschungseinrichtungen werden bis 2010 jedes Jahr um drei Prozent steigen. Damit geben wir ihnen die dringend benötigte Planungssicherheit.

Geld allein aber reicht nicht. Es kommt darauf an, das Geld, was zur Verfügung steht, klug auszugeben. Nur das bedeutet Anreize und Wettbewerb, mehr Exzellenz und Erfolgskontrollen. Was wir wirklich nicht mehr gebrauchen können, das sind uninspirierte Dauersubventionen. Wie das Geld ausgegeben wird, das werden wir nachprüfen.

Wir gehen ein weiteres heißes Eisen an: Wir werden die Rahmenbedingungen vor allem für die innovativen Branchen der deutschen Wirtschaft überarbeiten, so zum Beispiel in der Chemikalienpolitik und der Grünen Gentechnik. Hier sind wir endlich auf dem richtigen Weg - und wir tun dies, ohne die berechtigten Interessen der Verbraucher zu missachten.

Wir werden die Initiative Partner für Innovation fortführen. Und ich persönlich werde einen Rat für Innovation und Wachstum, über den ich ja schon vor einigen Wochen gesprochen habe, ins Leben rufen und mich über notwendige Weichenstellungen beraten lassen.

Deutschland ist das zentrale Transitland im Herzen Europas. Deshalb brauchen wir auch das modernste und leistungsfähigste Verkehrsnetz in Europa. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden wir in den kom-

menden vier Jahren um insgesamt 4,3 Milliarden Euro erhöhen. Mit öffentlich-privaten Partnerschaften mobilisieren wir zusätzliches privates Kapital. Wir wollen, dass die Deutsche Bahn kapitalmarktfähig wird und an die Börse geht, wenn die wirtschaftlichen Daten stimmen. Mit einem neuen Planungsbeschleunigungsgesetz werden wir die positiven Erfahrungen aus Ostdeutschland aufgreifen und für ganz Deutschland nutzen.

Die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist ohne eine Energiepolitik nicht denkbar. Sie muss auf eine verlässliche Versorgung zu akzeptablen Preisen abzielen, sie muss innovationsfreundlich sein, sie muss ein hohes Maß an Umweltverträglichkeit garantieren. Wir wollen diese Ziele in einer Energiestrategie zusammenführen.

Wir wollen das Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien in seiner Grundstruktur fortführen. Zugleich wollen wir aber die wirtschaftliche Effizienz der einzelnen Vergütungen bis 2007 überprüfen.

Wir werden eine Innovationsoffensive im Energiesektor starten und trotz knapper Kassen die Mittel für die Energieforschung erhöhen. Ich sage aber auch sehr deutlich: Ich erwarte, dass auch die Energiewirtschaft ihre Forschungsanstrengungen verstärkt. Am Ende soll ein energiepolitisches Gesamtkonzept mit einem ausgewogenen Energiemix stehen.

Ich werde Anfang kommenden Jahres einen nationalen Energiegipfel mit allen Beteiligten einberufen.

Mit einem anspruchsvollen Programm zur energetischen Gebäudesanierung werden wir nicht nur der Bauwirtschaft neue Impulse geben. Sie werden vielmehr auch den Bürgerinnen und Bürgern die Chance eröffnen, selbst einen Beitrag zur höheren Energieeffizienz zu leisten.

Wir werden die Regeln für den Emissionshandel überarbeiten. Und zwar so, dass in der zweiten Phase ab 2008 insbesondere die energieintensive Wirtschaft entlastet wird und gleichzeitig Anreize für Modernisierung und Innovation im Kraftwerksbau gesetzt werden. Auf meinen Auslandsreisen werde ich intensiv für Klimaschutzprojekte nach dem Kyoto-Protokoll werben. Dies ist mir nicht zuletzt als ehemalige Umweltministerin, die für Kyoto verhandelt hat, ein Herzensanliegen. Zugleich ist es ein Beitrag für den Export deutscher Energietechnologien.

Ein weiteres zentrales Projekt ist die Reform der bundesstaatlichen Ordnung. Sie hat für diese Bundesregierung höchste Priorität. Die große Koalition hat die einmalige Chance genutzt, hier den Knoten durchzuschlagen. Dieses Paket darf nicht wieder aufgeschnürt werden. Mehr Freiheit wagen, das bedeutet hier, dass unser föderaler Staatsaufbau im internationalen Wettstreit um die zukunftsfähigen Ideen wieder als Standortvorteil wirkt und nicht mehr als Standortnachteil. Deshalb werden wir in Absprache mit den Freien Demokraten auch sehr schnell im nächsten Jahr prüfen, wie wir auch die Finanzbeziehungen grundsätzlich neu ordnen können. Denn eine Föderalismusreform ohne die Neuordnung der Finanzbeziehungen ist nur die Hälfte wert.

Dies ist auch entscheidend für den weiteren Weg der neuen Bundesländer. Denn ohne gelungenen Aufbau Ost wird es kein gesundes Wachstum in ganz

Deutschland geben können - und, mindestens so wichtig, kein inneres Gleichgewicht Deutschlands. Hohe Arbeitslosigkeit und damit verbundene Abwanderung aus den neuen Ländern drängen die Politik zum Handeln. Fast eineinhalb Millionen Menschen waren im Oktober in den neuen Bundesländern arbeitslos.

Die grundsätzliche Antwort kann auch hier nur lauten: Solidarität des Gesamtstaates einerseits, mehr Freiheit für eigene Wege andererseits. Sie geben den neuen Ländern die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit Bundesrecht selbst auszugestalten, um so zum Beispiel Planungsverfahren zu beschleunigen und bürokratische Vorgaben zu vermeiden.

Den Vorgaben des Solidarpakts II fühlen wir uns verpflichtet. Die Investitionsförderung führen wir fort. Die Investitionszulage und die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftspolitik" entwickeln wir weiter.

Meine Damen und Herren, mehr Freiheit möglich machen für neue Gerechtigkeit - all diese Neuausrichtungen, vom Arbeitsmarkt bis zum Aufbau Ost, gehören zusammen. Sie alle dienen dem langfristigen Ziel, Deutschland wieder zum Motor Europas zu machen. Die Gestaltung dieses Wandels ist ohne Vertrauen jedoch undenkbar. Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger aber setzt Verlässlichkeit der Politik voraus.

Grundlegende, ja wichtigste Voraussetzung dafür ist die Rückkehr zu stabilen Staatsfinanzen. Diese Bundesregierung steht für einen grundlegenden Kurswechsel in der Haushaltspolitik. Die Fehlentwicklungen liegen in ihren Ursprüngen Jahrzehnte zurück. Sie wurden teilweise schon in der ersten großen Koalition angelegt. Wir wollen heute die Weichen für unsere Kinder und Enkel neu stellen. Dazu ist eine langfristige Konsolidierungsstrategie erforderlich. Dabei hat für uns das Reformieren und Investieren zeitlichen Vorrang. Wir tun damit alles, um die Kräfte des Aufschwungs zu entfalten. Am Ende ergibt es den Dreiklang Sanieren - Reformieren - Investieren.

Durch einen Zukunftsfonds von 25 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode machen wir Investitionen in Schwerpunktbereichen möglich: in der Verkehrsinfrastruktur, bei Forschung und Technologie, für den Haushalt als Arbeitgeber, bei der Familienförderung. Dies alles ist Mittelstandspolitik. Dies alles dient dazu, die Starken in unserer Gesellschaft zu stärken und gleichzeitig den Schwachen helfen zu können.

Unser Haushaltssanierungsprogramm umfasst folgende Eckpunkte:

Die aus dem Ruder gelaufenen Arbeitsmarktkosten werden begrenzt. Die Zuschüsse an die Sozialversicherungssysteme werden begrenzt und teilweise zurückgeführt. Die öffentliche Verwaltung wird einen substantiellen Solidarbeitrag leisten. Steuersubventionen werden reduziert oder wie die Eigenheimzulage ganz gestrichen. Eine Reihe von Fördertatbeständen wird zurückgefahren.

Ab 2007 wird der Spitzensteuersatz für nichtgewerbliche, sehr hohe Einkommen auf 45 Prozent erhöht.

Ich will nicht verhehlen: Die für uns alle schwierigste Entscheidung war die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ab 2007 um drei Prozentpunkte. Umso



wichtiger ist es, dass zum Einen ein Prozentpunkt hiervon zur Senkung der Lohnzusatzkosten eingesetzt wird, um Arbeitsplätze wettbewerbsfähiger zu machen, und zum Anderen der niedrigere Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für die täglichen Dinge des Lebens erhalten bleibt.

Dennoch wissen wir, die Entscheidung, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, und auch die weiteren Konsolidierungspläne unseres Haushaltes bedeuten für die vielen Bürgerinnen und Bürger tiefgreifende Einschnitte. Wir wissen, dass wir ihnen viel abverlangen. Wir wissen, dass sie von uns eine Gegenleistung erwarten können. Sie liegt auf der Hand: So beenden wir ein Leben von der Substanz. So schaffen wir wieder mehr Spielraum für Investitionen. Dies anzugehen und zu schaffen, verstehe ich als moralische Aufgabe, vor der sich diese große Koalition nicht drücken kann, vor der sie sich nicht drücken will.

Die Notwendigkeit eines freieren Welthandels ist auch mit den Interessen unserer Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Dieser Bundesregierung ist bereits in der ersten Woche ein Erfolg bei der Vereinbarung der EU zur Zuckermarktordnung gelungen. Mit ihr konnten wir die Notwendigkeit eines freieren Welthandels und die Interessen unserer Landwirte zu einem für alle Seiten akzeptablen Ausgleich bringen. Dennoch steht der WTO-Gipfel in Hongkong erst noch vor seiner Bewährungsprobe - ich hoffe sehr auf einen Erfolg in der Sache, denn den brauchen wir, den brauchen unsere deutschen Landwirte.

Damit kein Missverständnis entsteht: Landwirtschaft ist mehr als nur Wirtschaft. Sie ist Umweltgestaltung, sie ist Landschaftsschutz und sie hat mit Heimat, Bodenständigkeit und innerem Gleichgewicht unseres Landes zu tun. Ein Gegeneinander von moderner Landwirtschaft und Verbraucherschutz gehört der Vergangenheit an. Wir wollen ein gutes Miteinander finden. Hier gilt aber auch ein Motto: Null Toleranz gegenüber denen, die das Vertrauen der Verbraucher mit Füßen treten. Deshalb darf und wird der schlimme Skandal beim Handel mit verdorbenem Fleisch uns so lange nicht ruhen lassen, bis wir alle Schwachstellen beseitigt haben, von den Eigenkontrollen der Wirtschaft über die Koordinierung mit den Ländern bis hin zur konsequenten Strafverfolgung.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir haben uns viel vorgenommen, weil wir sicher sind, dass viel möglich ist. Wir haben uns viel vorgenommen, weil wir wissen, dass wir wirtschaftlich wieder stark werden können. Dann können wir auch wieder das Leben, was die soziale Marktwirtschaft in unserem Land groß gemacht hat: Dann können wir den Widerspruch von Arbeit und Kapital ausgleichen und denen helfen, die auf der Schattenseite des Lebens sind.

Dann können wir aber auch noch etwas Anderes schaffen: Wir können ein starker Partner in Europa und in der Welt sein. Deutsche Außen- und Europapolitik gründet sich auf Werte und sie ist Interessenpolitik. Politik im deutschen Interesse setzt auf Bündnisse und Kooperationen mit unseren Partnern.

Dabei weiß ich: Sie richten große Erwartungen an uns. Das habe ich erst wieder bei meinen Besuchen in Paris, in Brüssel und in London erfahren. Die Erwartungen an Deutschland sind auch deshalb so immens, weil Europa in einer tiefen Krise steckt. Im Kern ist es im Übrigen eine Krise fehlenden Vertrauens:

- Der Verfassungsvertrag hat schwere Rückschläge erlitten.
  - Bei den Finanzen der EU gibt es starke Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedstaaten.
  - Der Lissabon-Prozess ist bei weitem nicht so vorangekommen, wie er hätte vorankommen müssen.
  - Der Fortgang der Erweiterung stellt Europa immer drängender vor
- Grundsatzfragen: Wie weit reicht Europa? Was ist Sinn und Zweck des europäischen Einigungsgedankens?

Es hat, meine Damen und Herren, keinen Sinn, um diese Krise herum zu reden. Es kommt darauf an, sie zu meistern. Wir können sie nur gemeinsam mit allen unseren Nachbarn, Partnern und der gesamten Europäischen Union meistern. Wir wollen gerade das Verhältnis zu den kleineren Mitgliedstaaten in Europa intensivieren. Deutschland kommt in besonderem Maße die Aufgabe zu, Mittler und ausgleichender Faktor zu sein. Die schnelle und intensive Abstimmung mit unserem Nachbarn Polen ist mir ein wichtiges Anliegen. Dazu will ich die Reise übermorgen zusammen mit Bundesaußenminister Steinmeier nach Warschau nutzen.

Ich weiß: Auf dem Dezember-Gipfel der EU lasten große Aufgaben. Ich werde für eine Lösung eintreten, die im gesamteuropäischen Interesse liegt und die nicht gleich wieder einem gewaltigen Revisionsdruck ausgesetzt sein wird. Deutschland ist bereit, seinen Teil zu einem vernünftigen Kompromiss beizutragen.

Es ist aber auch klar: Die neue Bundesregierung wird dort wie anderswo die deutschen Interessen mit Nachdruck vertreten. Eine finanzielle Überforderung kann es angesichts unserer Haushaltslage nicht geben.

Europa hat sich mit den Lissabon-Verabredungen weitreichende Ziele gesetzt. Lissabon muss zu einem Erfolg werden. Wenn wir dem Wettbewerbsdruck standhalten wollen, den andere Regionen der Welt entfalten, dann gibt es dazu keine Alternative. Das hat uns allen der Kok-Bericht ins Stammbuch geschrieben.

Wer es mit der Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU und ihrer Institutionen ernst meint, der muss im übrigen am europäischen Verfassungsprojekt festhalten.

Ich sage klar: Wir wollen den Verfassungsvertrag zu einem Erfolg machen. Europa ist ohne die Unterstützung und das Vertrauen der Bürger nicht denkbar. Dazu gehört auch, dass die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union nicht überfordert wird. Staaten, die der Europäischen Union beitreten wollen, müssen alle Bedingungen uneingeschränkt erfüllen. Die am 3. Oktober 2005 aufgenommenen Verhandlungen der EU mit der Türkei mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren

lässt. Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, so muss die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur Europäischen Union weiterentwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.

Die Menschen in Europa erwarten zu Recht, dass diese Gemeinschaft sie nach besten Kräften vor neuen Bedrohungen von Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Bürgerkriegen und internationaler Kriminalität schützt. Das Maß an Gemeinsamkeit ist in dieser Frage in der großen Koalition größer als in allen anderen politischen Konstellationen. Die Bürger in Deutschland können sich deshalb darauf verlassen, dass wir den staatlichen Schutzauftrag sehr ernst nehmen. Die von uns angestrebte moderne Sicherheitsarchitektur wird neue Techniken nutzen und über den Aufbau von Antiterrordateien in einen verbesserten Informationsaustausch sicherstellen. Das Bundeskriminalamt wird zur Abwehr von Terrorgefahren Präventivbefugnisse erhalten. Mit der Kronzeugenregelung verbessern wird den Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Opferschutz geht vor Täterschutz. Deshalb werden wir die nachträgliche Sicherungsverwahrung gegen solche Jugendliche einführen, die wegen schwerster Gewaltstraftaten verurteilt wurden.

Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit werden immer fließender. Als Land in der Mitte Europa haben wir ein besonderes Interesse an europäischer Handlungsfähigkeit bei der inneren und äußeren Sicherheit. Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich den weiteren Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage der europäischen Sicherheitsstrategie. Europa muß sicherheitspolitisch handlungsfähig sein. Das ist kein Ersatz, sondern eine Ergänzung zur NATO. Uns geht es darum, den europäischen Pfeiler der Allianz und damit die Allianz insgesamt zu stärken. Denn die NATO ist und bleibt der stärkste Anker unserer gemeinsamen Sicherheit. Sie ist das zentrale strategische Konsultations- und Koordinierungsforum. Diese Funktion wollen wir stärken und mit neuem Leben erfüllen. Das habe ich bei meinem Besuch in Brüssel deutlich gemacht.

Ich sage sehr deutlich: Ich will ein selbstbewusstes Europa, das anderen ein starker Partner beim Einsatz für Sicherheit, Frieden und Menschenrechte ist, ein Europa, das sich aber nicht als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten von Europa versteht, sondern als Partner.

Ich führe keine Kämpfe der Vergangenheit mehr. Diese Schlachten sind geschlagen. Aber für die Zukunft gilt: Die neue Bundesregierung wird sich mit aller Kraft für ein enges und ehrliches, offenes und vertrauensvolles Verhältnis in der transatlantischen Partnerschaft einsetzen. Diese Partnerschaft der Wertegemeinschaft der westlichen Welt ist ein hohes, kaum zu überschätzendes Gut.

In diesem Zusammenhang vertrauen wir auch darauf, dass die amerikanische Regierung die Besorgnis in Europa ernst nimmt und jüngste Berichte zu angeblichen CIA-Gefängnissen und illegalen Flügen - wie gegenüber Außenminister Steinmeier zugesagt - kurzfristig aufklären wird.

Sie fühlt sich den gleichen Werten verpflichtet: Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, Gerechtigkeit und Toleranz - anders gesagt: dem gleichen Verständnis von der Würde des Menschen.

Zum Selbstverständnis dieser Wertegemeinschaft zählt im übrigen auch, dass wir bei Menschenrechtsverletzungen nicht schweigen - gegenüber niemanden auf der Welt, und seien es noch so hoffnungsvolle Handelspartner oder noch so wichtige Staaten für Stabilität und Sicherheit bestimmter Regionen. Ich sehe im übrigen gerade dann keinen Widerspruch zur ebenso notwendigen Kooperation, wenn man gleichzeitig offen bekennt, was aus unserer Sicht nicht akzeptabel ist.

Richtig ist: Deutschland war noch nie in seiner Geschichte so sicher und so frei wie heute. Dennoch leben wir in einer Welt voller Herausforderungen. Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, zerfallende Staaten sowie extreme Armut, Epidemien und Umweltzerstörung bedrohen unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Wir brauchen deswegen unsere Partnerschaften dringender denn je. Dazu gehört die Fortentwicklung der strategischen Partnerschaft mit Russland. Russland ist als wichtiger Wirtschaftspartner, als Verbündeter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und als Land mit Verantwortung für die politische Stabilität Europas unverzichtbar. Deutschland hat ein besonderes Interesse daran, dass die schwierige Modernisierung Russlands gelingt.

Die Bundesregierung wird sich nach Kräften für Frieden und Stabilität auch im Nahen Osten einsetzen. Mit besonderer Sorge schauen wir dieser Tage auf den Irak wie die Entwicklung im Iran. Trotz der Rückschläge in letzter Zeit wird sich die Bundesregierung weiter im Drei-Plus-Eins-Prozess engagieren, dieser Prozess muss weitergehen. Ich kann den Iran nur davor warnen, sich der Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft und der IAEO zu entziehen. Was gegenüber Israel gesagt wurde, ist in jeder Hinsicht absolut inakzeptabel. Der Iran muss wissen, dass wir ein solches Verhalten nicht hinnehmen können.

Deutschland steht zu Israel in einer ganz besonderen Verantwortung. Dieses Jahr haben wir den 40. Jahrestag der Aufnahme deutsch-israelischer Beziehungen begangen. Für die neue Bundesregierung möchte ich deshalb bei dieser Gelegenheit das Existenzrecht Israels und das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger, in sicheren Grenzen frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben, ausdrücklich bekräftigen. Ebenso bekräftigen wir das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, der Seite an Seite mit Israel in Sicherheit und anerkannten Grenzen lebt.

Deutsche Außenpolitik bewährt sich im konkreten Handeln. Auf dem Balkan, in Afghanistan und an vielen anderen Orten tragen deutsche Soldaten, Polizisten, Diplomaten und Entwicklungshelfer unter erheblichen Gefahren zu Frieden und Stabilität bei. Was das im äußersten Fall bedeuten kann, das haben wir gerade erst wieder in Afghanistan schmerzlich erleben müssen. Ihnen allen gebührt unserer besonderer Dank und unsere besondere Anerkennung für ihren mutigen Einsatz.

Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz, mit über 6.000 Soldaten auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika oder in humanitärer Mission in Pakistan. Die Bundeswehr kann sich auf breite Unterstützung dieser Regierung, des Parlaments und der Gesellschaft verlassen.

Unser Anspruch auf Mitsprache einerseits, unsere Bereitschaft zum Mitwirken andererseits bedingen einander. Die neue Bundesregierung wird darauf achten, dass Ziele und Fähigkeiten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik in einem Gleichgewicht bleiben.

Die Bundesregierung wird deshalb den Umbau der Bundeswehr zur Einsatzarmee konsequent fortsetzen. Der Kernauftrag der Bundeswehr aus der Verfassung - also die Landesverteidigung - bleibt dabei unverändert gültig. An den Beschlüssen zur Struktur und Stationierung der Bundeswehr halten wir fest. Die Bundesregierung bekennt sich zur allgemeinen Wehrpflicht. Sie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als die für unser Land beste Wehrform erwiesen.

Wir werden Ende nächsten Jahres ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik veröffentlichen. Erstmals seit 1994, also seit über 10 Jahren, wird es damit wieder ein Grundlegendokument der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Bundeswehr geben.

Angesichts der Globalisierung nimmt die Bedeutung der internationalen Institutionen zu. Die UNO muss der zentrale Ort der Konfliktlösung werden und dies dann auch bleiben. Dazu müssen wir aber ihre Glaubwürdigkeit und ihre Handlungsfähigkeit deutlich stärken. Die Bundesregierung wird sich dabei in besonderem Maße bemühen, europäische Positionen zur Geltung zu bringen. Deutschland bleibt bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen. In der längerfristigen Perspektive streben wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union an.

Die Stärkung der internationalen Institutionen ist lebensnotwendig. Eine Politik, die den Anspruch erhebt, Globalisierung zu gestalten, nicht zu erdulden, muss darüber hinausgehen. Wir wollen dazu beitragen, dem globalen Wandel eine dem Menschen gemäße Ordnung zu geben. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als großer Erfolg für uns alle und als Vorbild für andere erwiesen. Die Bundesregierung ist entschlossen, diese Ordnung nicht nur für unser Land zu bewahren. Wir wollen vielmehr ihren Wertentscheidungen auch international mehr Geltung verleihen.

Das ist der Kompass unserer Entwicklungszusammenarbeit. Wir werden den Stufenplan der Europäischen Union und die Zielmarke der Vereinten Nationen einhalten. Das heißt, dass wir auf dem Weg dahin bis 2006 0,33 Prozent und bis 2010 mindestens 0,51 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes und die ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2015 für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufbringen.

Wir wollen aber nicht nur Not lindern. Wir wollen vielmehr auch die Ursachen von Armut und Flüchtlingsbewegungen bekämpfen. Deshalb müssen wir den Menschen Perspektiven in ihrer Heimat eröffnen. Das ist Entwicklungs- und auch Sicherheitspolitik in unserem eigenen Interesse.

Meine Damen und Herren, ich sagte es, wir haben uns viel vorgenommen, weil wir sicher sind, dass viel möglich ist.

Diese Koalition will Rituale überwinden und neue Wege aufzeigen. Ja, viele werden sagen: Diese Koalition geht viele kleine Schritte und nicht den einen großen. Und ich erwidere: Genau so machen wir es. Denn das ist ein moderner Ansatz. So hat sich zum Beispiel herausgestellt, dass die Vernetzung vieler kleiner Computer sehr viel leistungsfähiger ist als ein Großrechner. Letztlich beruht das ganze Internet auf diesem Gedanken.

Eine Regierung der Taten wird Rückschläge hinnehmen müssen. Aber wir werden eines zeigen: Wir haben große Möglichkeiten in unserem Land. Deutschland ist voller Chancen - nach innen wie nach außen!

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen die Kräfte zu wecken und zu nutzen, die in unserem Land stecken.

Fragen wir nicht zuerst, was nicht geht oder was schon immer so war.

Fragen wir zuerst, was geht, und suchen wir auch danach, was noch nie so gemacht wurde. Haben wir den Mut, das dann auch durchzusetzen.

Überraschen wir uns also damit, was möglich ist! Überraschen wir uns damit, was wir können!

Stellen wir unter Beweis, dass wir unser Land gemeinsam nach vorn bringen - mit Mut und Menschlichkeit. Denn Deutschland kann mehr. Deutschland kann es schaffen.

Vielen Dank.